



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Nr. 76 / 2013

Kiel, Mittwoch, 20. Februar 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Tourismus / Bäderregelung

Oliver Kumbartzky: Hoffnungen in Minister Meyer sind baden gegangen

In seiner Rede zu TOP 14 (Bericht zur Neufassung der Bäderverordnung) erklärt der tourismuspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Dass sich die FDP-Fraktion eine liberalere Regelung gewünscht hätte, liegt auf der Hand, und darauf will ich nun nicht weiter eingehen. Kann ich auch gar nicht, weil ich wirklich erschrocken bin. Erschrocken darüber, wie sich die Koalition für die neue Bäderverordnung feiert. Proteste von Betroffenen – beispielsweise aus Ostholstein - werden schlicht ignoriert. Hauptsache die eigene Klientel ist fröhlich!

Ganz nüchtern betrachtet sollte man doch erst einmal festhalten: Eine Weiterentwicklung, wie es die Koalition die Öffentlichkeit glauben machen möchte, ist die neue Ausgestaltung der Bäderregelung keineswegs. Dazu wurden viel zu viele Einschnitte vorgenommen. Ich hoffe wirklich, dass sich die negativen Auswirkungen für das Urlaubs- und Wirtschaftsland Schleswig-Holstein in Grenzen halten werden.

Von einem Wirtschaftsminister, der zugleich Präsident des Deutschen Tourismusverbandes ist, hätten die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die Gewerbetreibenden in den Tourismusorten deutlich mehr erwarten können. Erst recht nach den Äußerungen, die im Hamburger Abendblatt vom 9. August 2012 widergegeben werden: *„Ich bin der Meinung, dass die Bäderregelung, die zurzeit in Schleswig-Holstein existiert, gut ist“*, sagt dort Minister Meyer. Weiter heißt es in dem Artikel: *„Zugleich griff er die Kirchen an, weil sie gegen das Sonntags-Shopping in Schleswig-Holstein vorgehen, gegen eine ähnliche Regelung in Niedersachsen aber nicht.“*

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal betonen, dass die derzeit geltende Bäderregelung im Jahr 2008 als Kompromiss die Zustimmung von allen Beteiligten, also auch von Kirchen und Gewerkschaften, erhalten hatte. Eine Verordnung, die die damalige Schwarz-Rote Regierung geschaffen hat!

Erlassen vom damaligen Wirtschaftsminister Werner Marnette im Einvernehmen mit dem damals SPD-geführten Innenministerium. Dieser Kompromiss wurde nun zum Leidwesen des Tourismus geopfert.

Herr Minister Meyer, ganz ehrlich, Ihre Ideen zum Tourismuskonzept fand ich allesamt gut und unterstützenswert und ich – und damit bin ich nicht allein – hätte wirklich gedacht, dass Sie dem Tourismus in Schleswig-Holstein einen Schub geben könnten. Aber sämtliche Hoffnungen in Sie sind nun im wahrsten Sinne des Wortes baden gegangen.

Von einem starken Minister, der sich für ein starkes Urlaubsland Schleswig-Holstein einsetzt, hätte ich ein starkes und kluges Signal und damit eine Verlängerung der bisherigen Bäderverordnung erwartet. Ich kann mir übrigens auch nicht vorstellen, dass eine SPD-geführte Landesregierung eine von Schwarz-Rot beschlossene Verordnung für verfassungswidrig hält.

Wie dem auch sei, ein kleiner Silberstreif am Horizont bleibt. Sie, Herr Minister, können immer noch dafür sorgen, dass weitere Orte in den Genuss der Bäderverordnung kommen können. Wir fordern Sie auf, diesen Prozess anzustoßen und aktiv auf die entsprechenden Kommunen zuzugehen.

Wir erwarten, dass auch Städte wie Kiel und Lübeck oder einzelne Stadtteile die Chance bekommen, in die Bäderverordnung aufgenommen zu werden.

Lars Harms und Jürgen Weber fordern das auch, wenn man den entsprechenden Presseberichten Glauben schenken darf. Es gibt in diesem Zusammenhang übrigens einer Reihe von Zitaten von Vertretern von SPD, SSW und auch von den Grünen, beispielsweise von Frau Heinold.

Lassen Sie mich abschließend Lars Harms zitieren, der am 17. Juni 2009 folgende bemerkenswerte Sätze sagte:

„Die geltende Lösung wurde im Einvernehmen mit den Kirchen und Gewerkschaften getroffen. Ich denke aber, dass man im Sinne der Stadt Kiel - als größter Kreuzfahrthafen Deutschlands - diese Lösung aufs Neue überdenken sollte. Eine tote Innenstadt am Sonntag ist nicht gerade werbewirksam für den Kreuzfahrtstandort Kiel. Die bisherige Lösung ist nicht ausreichend. Daher muss die Möglichkeit der Anpassung an die Wirklichkeit endlich genutzt werden. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise können wir uns nicht erlauben, auf diese Einnahmemöglichkeiten zu verzichten. Deshalb sind auch wir als SSW bereit, über die Bäderregelung neu nachzudenken.“

Die Chance hatten Sie nun, Herr Harms, in Regierungsverantwortung. Und was ist dabei rausgekommen? Eine neue, restriktivere Regelung, über die man bei unseren Nachbarn in Dänemark nur lächelt.“